

<b>Zeitschrift:</b>	Der Fourier : officielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerischer Fourierverband
<b>Band:</b>	67 (1994)
<b>Heft:</b>	1
<b>Artikel:</b>	Die wirtschaftliche Landesversorgung heute : Heereskunde
<b>Autor:</b>	Carrel, L.F.
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-519839">https://doi.org/10.5169/seals-519839</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Erhebung 1992 der Kreise IV und V

## Interesse an landwirtschaftlichen Fragen

**Grosse Beachtungen finden jeweils die Rekrutenbefragungen. Eine Zusammenfassung über das Thema Landwirtschaft waren von Kreisexperte Heiner Hunziker, Schaffhausen, und seinem verantwortlichen Projektleiter, Dr. phil. Max Steffen, Winterthur, erhältlich.**

1992 wurden in den Kreisen IV und V 4478 deutschsprachigen Rekruten Fragen zu unserer Landwirtschaft vorgelegt. Die Antworten geben Aufschluss über die Beziehungen, die Informationsquellen, die Kenntnisse, die Beurteilung und die Einstellung zur Landwirtschaft.

Zusätzlich wurden mit 305 Rekruten Gespräche geführt, die Hinweise auf die Überlegungen bei der Bearbeitung der Fragebogen vermitteln.

### Auffallend enge Beziehungen

Die Beziehungen der Rekruten zur Landwirtschaft sind auffallend eng, sei es durch Verwandtschaft oder durch Bekanntschaft mit Landwirten und durch geleisteten Landdienst.

Die meisten bekunden Interesse an landwirtschaftlichen Fragen.

### Dürftig ist das Wissen

Beim Einkauf von Lebensmitteln achten zwei Drittel der Befragten auf die Herkunft. Jedoch das Wissen über die Landwirtschaft ist sehr dürftig. Um so grösser ist das Wohlwollen, die Anerkennung für die Bauern und auch für die Landwirtschaftspolitik, wenn auch Anpassungen verlangt werden.

### Mehrheit befürwortet Subventionspolitik

Die Subventionspolitik wird von einer Mehrheit befürwortet, für die Berggebiete ganz besonders. Bei einem allfälligen Beitritt zur EG sieht die Hälfte einen Strukturwan-

del als unvermeidlich an, der weit aus grösste Teil davon würde ihn aber bedauern. Ein zusätzlicher Drittel verlangt, dass dieser Strukturwandel durch staatliche Massnahmen gebremst würde.

### Landwirtschaft und Umweltschutz

Unsere Landwirtschaft wird als einer der Umweltverschmutzer betrachtet, wenn auch keineswegs als der grösste. Eine Mehrheit betrachtet die Landwirtschaft aber auch als Opfer der Umweltverschmutzung. Die meisten sehen einen Ausweg in verbesserter Ausbildung und Beratung der Bauern.

### Die wirtschaftliche Landesversorgung heute

### Heereskunde

Zurzeit deckt die schweizerische Landwirtschaft etwa 50 Prozent des Nahrungsmittelverbrauchs ab. Das Schwergewicht liegt dabei auf der Tierproduktion. Bei pflanzlichen Erzeugnissen sind beträchtliche Ergänzungsimporte notwendig.

Die Nahrungsmittelversorgung unserer Bevölkerung muss unter allen Umständen gesichert werden, selbst wenn Einführen ganz oder teilweise unterbleiben. Deshalb wurde in Zusammenarbeit mit der Universität Freiburg der «Ernährungsplan 90» ausgearbeitet.

Dieser Plan, der aufgrund der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse entwickelt wurde und die Möglichkeiten der modernen Informatik auf optimale Weise nutzt, sieht die allmähliche Ausdehnung der offenen Ackerflächen in einem Zeitraum von drei Jahren vor. Dann könnte unsere Bevölkerung aus dem Ertrag unseres Bodens in ausreichendem Mass ernährt werden. Im Plan sind die folgenden Massnahmen vorgesehen:

- Lebensmittelrationierung. Damit würde der heutige Nahrungsmittelverbrauch (3300 kcal pro Kopf und Tag) auf die Bedarfsschwelle von 2300 kcal gesenkt.
- Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion und des Konsums auf vermehrt direkt essbare pflanzliche Produkte. Damit würden die hohen Energieverluste vermieden, die bei Umwandlung pflanzlicher Produkte zu tierischen Nahrungsmitteln entstehen. Der Viehbestand und damit der Futtermittelbedarf würden vermindert, die offene Ackerfläche auf Kosten der Naturwiesen ausgedehnt, und es würden weniger Futterpflanzen und mehr pflanzliche Produkte für Nahrungsziecke angebaut.
- Überbrückung von Angebotslücken während der Übergangszeit mit Futter- und Nahrungsmittelpfließlagern.

Wäre die Versorgung unseres Landes erheblich gefährdet oder gestört, müsste der Staat eingreifen, um den Verbrauch lebenswichtiger Güter zu beschränken und die verfügbaren Mengen angemessen zu verteilen.

Die Bundesbehörden können auf verschiedene Art eingreifen, z.B. durch Rationierung, Kontingentierung und Produktionslenkung. In Krisenzeiten nähert man sich mit solchen Massnahmen dem System einer gelenkten Wirtschaft. Es ist deshalb wichtig, dass solche

Massnahmen schon zu normalen Zeiten und in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Wirtschaftszweigen vorbereitet werden. Überstürzt beschlossene oder unangemessene Eingriffe könnten schwerwiegende Folgen nach sich ziehen. Deshalb müssen die Be- wirtschaftungssysteme verschiedenen Anforderungen genügen:

- Sie müssen mit den Strukturen der betroffenen Wirtschaftszweige vereinbar sein.
- Sie müssen laufend an die wirtschaftliche Entwicklung, an die Beschaffenheit der Produkte, an

die Veränderungen in der Warenverteilung und an die Konsumgewohnheiten der Verbraucher angepasst werden.

- Sie müssen rasch wirksam werden, ohne dass der Verwaltungsapparat übertrieben aufgebläht wird. Daher ist auf jeglichen Perfectionismus zu verzichten, und es muss möglichst auf die schon bestehende Infrastruktur in der öffentlichen Verwaltung und in den Wirtschaftsorganisationen aufgebaut werden.
- Da diese Massnahmen für Mangellagen gedacht sind, müssen

sie auch im Preisbereich (Preisüberwachung, Höchstpreise) wirksam werden können.

Die Durchführung solcher Massnahmen – zum Beispiel eine Rationierung – kann nur gesichert werden, wenn die zuständigen Behörden (Bund, Kantone, Gemeinden) und die Wirtschaft schon in normalen Zeiten mit den ihnen zufallenden Aufgaben vertraut sind.

Quelle: «Die Schweizer Armee heute» von L. F. Carrel

## Für Sie gelesen

### Soldatenkomitees lösen sich auf

NZZ. Die Schweizer Soldatenkomitees lösten sich mangels Perspektive per Ende Oktober in ihrer bisherigen Form auf. Die Aktivisten wollen sich nun innerhalb der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) engagieren.

Die ersten Soldatenkomitees (SK) wurden zu Beginn der siebziger Jahre gegründet, wie die SK-Zeitung «Panzerknacker» in ihrer Abschiedsnummer in Erinnerung ruft. 1974 existierten bereits 15 regionale Komitees. Die Komitees trugen «Missstände» in der Armee an die Öffentlichkeit, organisierten Aktionen zum Beispiel für die Fünftagewoche, für mehr Ausgang und gegen den Zwang zum Weitermachen. Mitte der achtziger Jahre wurde es ruhiger um die Soldatenkomitees. Schliesslich überlebten nur die Organisationen in Bern, Basel und Zürich. Der von den SK angestrebte «kollektive Widerstand» sei heute nicht mehr möglich, sagte ein Sprecher auf Anfrage; die Soldaten hätten die Komitees nur noch für ihre indivi-

duellen Armeeprobleme benutzt. Nach zwanzigjähriger Tätigkeit wurde deshalb die Auflösung der drei letzten Komitees beschlossen: Das politische Fundament sei «abhanden gekommen». In der Armee herrsche «politische Flau- te», die SK-Aktivisten mochten nicht länger als «antimilitaristischer Kiosk» funktionieren. Den Niedergang der Soldatenkomitees sehen Aktivisten im weitern vor dem Hintergrund einer «umfassenderen Krise der Linken».

Für das Eidgenössische Militärdepartement waren die Soldatenkomitees in den letzten Jahren «kein Traktandum», wie Sprecher Daniel Eckmann auf Anfrage sagte. Nun zeige sich offenbar, «dass in der Armee ein Zufriedenheitspegel vorhanden ist, der solche Organisationen überflüssig macht».

### EMD-Chef Kaspar Villiger...

EMD-Chef Kaspar Villiger war diese Woche buchstäblich tagtäglich für einen Zeitungstitel gut. Am

Montag war von Villigers Forderung an die Offiziere für ein positives Blauhelm-Engagement zu lesen. Am Dienstag verkündeten die Gazetten, der EMD-Chef widersetze sich klar den Forderungen, die Armee zur Bewachung von Sammellagern ausländischer Drogenkrimineller einzusetzen. Dann wurde bekannt, dass Kaspar Villiger dem Berner Stadtpräsidenten auf die Finger geklopft habe, weil dieser ein Postulat der linksgrünen Stadträte zur «Entmilitarisierung» der Bundesstadt allzu willfährig entgegengenommen habe. Und dann machte der Verteidigungsminister dem Ständerat Beine, den «Startschuss für die Armeereform '95 loszufeuern».

Der Berner Stadtregierung gehörte für die Entgegennahme des «Entmilitarisierungs»-Postulates tatsächlich ein Rüffel. Dass linksgrüne Mehrheiten abstruseste Ideen zu politischen Forderungen machen, weiss man ja. Dass aber der Präsident der Bundesstadt nicht den Mut hat, der eigenen Klientel zu erklären, was die Rolle der vom Volk demokratisch legitimierten Armee sei, und dass diese weder provozierend zur Schau gestellt